



Skifahren als Luxus Ausrüstung, Liftkarten – alles teuer

Seite 2-3



FOTO: Naturfreunde Vorarlberg am Großglockner

**EURATOM-
Volksbegehren unterschreiben!**

28. Februar bis 7. März 2011

www.euratom-volksbegehren.at

Seite 3

Ist das Schifahren zu teuer?

Wir haben uns umgehört, ob sich die Grazerinnen und Grazer das Schifahren noch leisten können.

„Bei uns spielen eher zeitliche als finanzielle Gründe eine Rolle, wenn wir nicht auf die Piste kommen.“



Für kinderreiche Familien sind die hohen Preise sicher ein Problem.“ **Sigrid Rennert, Gesangspädagogin**



„Ich bin Snowboarder, komme aber aus beruflichen Gründen kaum dazu. Ohnehin könnte ich

nicht so oft snowboarden gehen, wie ich möchte, weil es so teuer ist.“ **Christian Wagner, Koch**

„Ob Ausrüstung oder Liftkarte: Alles kostet zu viel. Ich gehe schon Schifahren, aber wenn es



billiger wäre, würde ich mir das öfter gönnen.“ **Bernhard Ehgartner, Stahlbautechniker**



„Ja, auf jeden Fall. Wir haben zwei Kinder, und das geht ganz schön ins Geld. Vor allem die Liftpreise sind schon heftig.“

Martina Muck, Verkäuferin

„Unser kleiner Sohn hat zu Weihnachten sein erstes Paar Schi bekommen. Sicher, Schifahren könnte günstiger sein. Aber wir gönnen es uns trotzdem.“



Andreas Glantschnig, Radiologietechnologe



flickr/Shay Haas

TEURE LIFTE, TEURE AUSTRÜSTUNG

Volkssport wird zum

Mehr als 100 Euro pro Tag oder 650 Euro pro Woche zahlt eine Familie für den Schilift. Der Spaß im Schnee wurde längst ein teurer Traum.

Immer weniger Kinder fahren auf Schulschikurse, sagt die Statistik. Wunder ist das keines. Denn Schifahren wird im Land der Schifahrer zu dem Luxusport, der Golf einst war. Muss man für den Sprössling Schi, Schibekleidung, Helm und Liftkarte für eine Woche bezahlen, muss man mit 400 Euro aufwärts rechnen. Wollen Eltern mit zwei Kindern eine Woche Schiferien machen, geht das in die Tausende.

Ernüchterung in Sachen Schisport brachte eine Unter-

suchung des Grazer Sportlehreres Gerd Egger. Er hat erhoben, dass im Schuljahr 2008/09 17.331 von 90.027 erfassten Schülern an Schulschikursen teilnahmen. Als Ursache dafür werden vor allem die Liftkarten genannt. Die hat die Zeitschrift „Konsument“ unter die Lupe genommen und Ernüchterndes zutage gebracht. So wurden die Liftkarten im ganzen Land teurer. Die Spitzenreiter sind die Weinebene und das Stuhleck mit Preissteigerungen von 33 Prozent.

350 bis 650 Euro

Demnach ist man noch am billigsten dran, wenn man eine Mehrtageskarte kauft. Laut Konsument am günstigsten

sind in der Steiermark Stuibalm/Gaberl bzw. Wenigzell/Joglland, wo eine vierköpfige Familie mit rund 350 Euro für 6 Tage wegkommt. Beim Spitzenreiter Hauser Kaibling zahlt dieselbe Familie schon 674 Euro für sechs Tage Liftnutzung.

Noch ärmer dran ist, wer sich mangels Geld einen ganzen Urlaub nicht leisten kann und auf Tageskarten angewiesen ist. Die kosten in Haus im Ennstal 42 Euro pro Erwachsenen (14 Euro für Kinder bis 10), auf der Mariazeller Bürgeralpe 28,50 (E) bzw 14,50 Euro (K), am Präsichl 32 (E) bzw. 16 Euro (K), am Stuhleck 35,50 (E) und 18 Euro (K). Wie viele Familien können sich das leisten?

Viele können sich das Schifahren nur mehr im Fernsehen anschauen, weil Liftkarten und Ausrüstung so teuer sind.



Luxusgut

VOLKSBEGEHREN-EINTRAGUNGSWOCHE

40 Millionen Euro im Jahr für Atomindustrie?

Der EURATOM-Vertrag bewirkt, dass allein aus Österreich jährlich 40 Mio. Euro in die Atomenergie fließen.

Am 28. Februar startet österreichweit das Volksbegehren „RAUS aus EURATOM“. Das Volksbegehren hat das Ziel, eine Volksabstimmung über den Ausstieg Österreichs aus der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM, die der Stützung der europäischen Atomwirtschaft mit Steuergeldern dient, zu erreichen.

Bei den Familien, den Stu-

denten, der Bildung, den Zivildienern ... überall wird gespart – doch als es 2010 um die Zustimmung für zusätzliche 1.400 Millionen Euro für die Finanzierung des Kernfusionsreaktors ITER ging, zögerte Österreichs Umweltminister Berlakowich nicht. Die Abfälle aus Kernreaktoren werden in 1000 Jahren noch genauso tödlich sein wie heute!

Daher: Eintragungswoche vormerken (28. 2. bis 7.3. 2011) und unterschreiben gehen (Infos 0316-872 2151)!

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Das Postkastl und der Kapitalismus

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Es ist eine verkehrte Welt: Die Tempel der Reichen werden immer gewaltiger und protziger, während die öffentliche Hand Einrichtungen zusperrt, die für uns alle wichtig waren und auch heute noch gebraucht würden.

Es gibt immer weniger Briefkästen in unserer Stadt, es gibt immer weniger Postämter. Selbst das Hauptpostgebäude hat man an einen Immobilienentwickler verkauft. Und wenn wir mit der Eisenbahn in das steirische Umland fahren, merken wir, dass wir nur mehr in ganz wenigen Bahnhöfen unsere Fahrkarten beim Schalter kaufen können. Wir sind auf Automaten angewiesen. Und der Zustand der kleinen Bahnhöfe erinnert an die Geisterstädte im einstigen Wilden Westen: Leerstehende Räume, in denen

früher das Bahnbuffet war, zugesperrte Schalter, verwahrloste Warteräume. Zug- und Busverbindungen werden gestrichen.

Die Schlaglöcher auf den Straßen werden immer seltener repariert.

Warum funktioniert das alles nicht mehr? Warum hat das in vergangenen Jahrzehnten funktioniert? Diese Fragen sollten wir uns alle stellen.

Wir sind nämlich auf einem abschüssigen Weg. Millionäre werden mit öffentlichen Mitteln gefördert, für die Banken und für die EU ist das Geld immer vorhanden. Bei den täglichen Bedürfnissen der Leute fehlt es aber. Diese Entwicklung darf nicht als unabwendbares Schicksal hingenommen werden!

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Elke Kahr Tel. 872 20 60

stadtraetin.kahr@stadt.graz.at



KLEIN, ABER MIT BISS



Früher bin ich mit den GVB gefahren, jetzt fahr ich mit den Graz Linien. Schneller bin ich deshalb auch nicht am Ziel.

AUS DEM INHALT

Tipps für Mieter	4
Belastungen durch die Stadt	5
Neu-Design einer Stadt	6
Transparenz bei KPÖ	7
Baut jetzt Don Fernando?	8
Arbeitsrecht: Entlassung	9
Stadtentwicklungskonzept	10
Nicht die Wahrheit	11
Preis für Bauorden-Stummer	12
Aktion Pflege	14
Sozialhilfe vs Mindestsicherung	15
Impressum	16
Widerstandsbewegung	19
Aus den Bezirken	20/21
Volkshaus-REDOUTe	24

MIETRECHT

Makler-Schmähs: Die Dauerbrenner

Sie hören einfach nicht auf: die Versuche unseriöser Immobilienbüros, gutgläubige Mieter abzuzocken. Hier lesen Sie die beliebtesten Makler-Schmähs:



Vereinbaren Sie den Übergabetermin rechtzeitig, sodass noch Zeit bleibt, eventuelle Mängel zu beheben.

1. Provisionen

1. Mit 1.9.2010 wurde die Höchstprovision für Wohnungen endlich auf 2 Bruttomonatsmieten (BMM) gesenkt. Dies hielt das Immobilienbüro Dr. X jedenfalls nicht davon ab, zumindest in einem Fall weiterhin 3 BMM zu kassieren.

Große Vorsicht ist geboten, wenn Makler Provisionen „kulanterweise“ reduzieren. Nicht selten passiert das in Fällen, in denen nämlich überhaupt keine Provision verlangt werden darf. Speziell dann, wenn der Makler auch Verwalter oder gar Eigentümer des Hauses/der Wohnung ist, sollte man sich die Bezahlung der Provision unbedingt bestätigen lassen und danach eine Beratungsstelle aufsuchen. Rückforderungsansprüche verjähren erst nach drei Jahren.

2. Gebühren

2. Was haben „Zinszettelgebühren“, „Pauschalen“ für das Ausfüllen von Meldezetteln, Wohnbeihilfenformularen etc. und Vertragserrich-

tungsgebühren gemeinsam?

Sie dürfen von Mietern grundsätzlich nicht verlangt werden. Maklern/Verwaltern werden diese Leistungen bereits durch das vom Mieter im Rahmen der Betriebskosten zu entrichtende Verwaltungsentgelt abgegolten. Den Vogel schoss eine Grazer Hausverwaltung ab, die ihren Mietern eine „Gebühr für Mühewaltung“ (!) in Rechnung stellte...

3. Kautio

3. Ausmalen, Endreinigungen und andere Tricks, möglichst viel von der Kautio einzubehalten.

Wohnungen müssen nach Beendigung des Mietverhältnisses im Regelfall nicht mehr ausgemalt werden, sofern die Wände nicht stark verschmutzt

sind oder die Wohnung vom Mieter in einer unüblichen Farbe wie z.B. schwarz ausgemalt wurde. Wurde die Wohnung vom Mieter ordnungsgemäß und besenrein zurückgegeben, kann der Vermieter so viele Endreinigungen durchführen lassen, wie er will, er muss sie allerdings auch alle selbst bezahlen und darf deren Kosten nicht von der Kautio abziehen.

Tipp: Wenn Sie aus Ihrer Wohnung ausziehen, vereinbaren Sie den Übergabetermin nicht unbedingt in den allerletzten Tagen der Kündigungsfrist. Sollten nämlich dabei Mängel festgestellt werden, haben Sie noch Zeit, diese selbst zu beheben. Andernfalls müssten Sie unter Umständen einen weiteren Monat Miete bezahlen oder sich die Kosten der Mängelbehebung von der Kautio abziehen lassen. Ein Mitarbeiter eines Grazer Immobilienbüros, der den Wohnungsübergabetermin bis nach Ende der Kündigungsfrist immer wieder verschob, verzichtete „kulanterweise“ auf die Bezahlung einer weiteren Miete, wollte dafür vom Mieter aber Spesen für seinen Zeitaufwand für die Wohnungsübergabe kassieren.



Sollten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, Fragen zu diesem Thema haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus, 2. Stock, Zi. 235, Tel. 872-2060) oder an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Tummelplatz 9, Tel. 872-5450).

Postkastl wieder da

Zuerst nahm man der Triestersiedlung samt Umgebung die Post weg und dann auch noch das letzte Postkastl weit und breit. Viele Bewohner, ältere Menschen und Gemeidemieter protestierten. KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer wollte das nicht auf sich beruhen lassen. Sie stellte zwei Anfragen an den Bürgermeister und konnte erreichen, dass zumindest ein Briefkasten in der Triesterstraße/Auf der Tändelwiese wieder montiert wurde.



Mieter-Notruf
Tel. 0316 **71 71 08**
Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten. Mit KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr



KANAL, FERNWÄRME, GAS, STROM ...

Städtisches Belastungspaket

Viele Gebühren sind 2011 wieder höher. Weitere Preisschübe kommen im Lauf des Jahres.

2011 heißt es für die Grazerinnen und Graz wieder tiefer in die Tasche greifen. Schlimm daran ist, dass man um die Teuerungen nicht herumkommt, weil sie zum Gutteil die Betriebskosten treffen.

Da wäre einmal die Müllabfuhr. Für die 120-Liter-Tonne sind 2011 bei 14-tägiger Entleerung 202,80 Euro zu bezahlen (plus 3,80 Euro). Die 240-Liter-Tonne kostet mit 334,80 Euro um 4,80 Euro mehr. Angehoben wurde auch die Kanalgebühr: Pro Klo gehen heuer 165,60 Euro in die Stadtkasse. Der Kubikmeter Wasser kostet

heuer 0,92 Cent (plus 2 Cent). Das immerhin nur, wenn man mehr als 120 m³ braucht.

Noch nicht am Tisch liegt die Erhöhung der Strom-, Gas und Fernwärmegebühren. Letztere sind bereits beschlossene Sache. Mit drei Prozent Mehrkosten ist zu rechnen – ebenso wie beim öffentlichen Verkehr.

Wenig Grund zur Freude gibt es für Grazer Hundebesitzer. Sie zahlen ab sofort für einen Hund 43 statt wie bisher 39,24 Euro. Ein zweiter Hund kommt nun auf 64,50 statt 58,86 Euro.

Dazu kommen noch die Grausamkeiten des Regierungs-Belastungspakets, das zusätzlich hohe Kosten auf die Gemeinden überwälzt. Die höhere Mineralölsteuer wird noch einmal zu einem Preisschub führen.



Nicht nur die Müllabfuhr kostet heuer mehr.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT



Thalia: Weitere Millionen-Haftung



Die Stadt hat die Haftung über fünf Millionen Euro für den Weiterbau der Thalia übernommen und trägt somit das volle Risiko des Bauherren Gerald Gollenz, der in der Thalia einen Fitnessclub unterbringen will. Bei den Banken ist Gollenz abgeblitzt, bei ÖVP, FPÖ und BZÖ stieß er auf offene Ohren. Die KPÖ, und sogar die Grünen stimmten gegen die Risikübernahme. Der Thalia-Umbau kostet rund eine Million Euro mehr als geplant, weil das Next Liberty und Teile der Oper während der Bauzeit weichen müssen.

Erfolg: Dichter Takt

KPÖ-Mandatar **Andreas Fabisch** beantragte im Gemeinderat die Taktverdichtung der Straßenbahnlinie 1. Nur ein brauchbarer Taktfahrplan kann zum Umsteigen auf Öffis motivieren. Mit Erfolg: Der

Gemeinderat segnete verdichtete Fahrpläne für den 1er und für den 7er mit Jänner ab.



Die Bumsti-Partei und ihr Chef

„Es muss das Ziel der Politik – auch in Graz – sein, auf mehr Gerechtigkeit hinzuarbeiten“, so **Gemeinderätin Gerti Schloffer als Hauptrednerin der KPÖ in der Budgetdebatte im Dezember.**

Der Voranschlag 2011 enthält gravierende Kürzungen von Leistungen, schreibt das Ausgliederungskonzept Haus Graz fest und bringt empfindliche Tarif- und Gebührenerhöhungen für die Bevölkerung der steirischen Landeshauptstadt. Deshalb lehnte die KPÖ das schwarzgrüne Budget ab.

Gemeinderätin Schloffer: „Herr Bürgermeister, Herr Finanzstadtrat: Es hilft wenig,

wenn Sie mit dem Finger auf den Bund zeigen und sagen, dass die Stadt diesmal nicht die Ausfallhaftung für das Streichkonzert der Regierung übernehmen wird.

Der Finanzminister Josef Pröll kommt nicht von der Bumsti-Partei, er ist Ihr eigener Chef in der ÖVP. Wir brauchen ein Schuldenmoratorium für die Gemeinden. Wir brauchen einen gerechten Finanzausgleich und

die ersatzlose Streichung der Landesumlage. Und wir brauchen eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmer zur Finanzierung des Nahverkehrs sowie eine wirksame Besteuerung der Spielautomaten.“



Budgetrede: KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer

KURZ GESAGT

Inflation über zwei Prozent: KPÖ für Belastungsstopp

Die Inflationsrate liegt bei über 2,2 Prozent, während die Bruttogehälter und die Pensionen kaum um ein Prozent angehoben worden sind.

Daher fordert die steirische KPÖ einen Belastungsstopp. Wohnen, Heizen, Autofahren, Versicherungen, alles wird empfindlich teuer. Trotzdem wollen Voves und Co. der Masse der Bevölkerung noch mehr abzwacken. Wer bei der „Bankenhilfe“ und bei Prestigeprojekten mit Milliarden um sich wirft, der sollte darauf Rücksicht nehmen, dass die Mehrheit der Menschen jeden Euro zweimal umdrehen muss.

DAS BRINGT DIE SCHWARZ-GRÜNE REFORM

„Haus Graz“: Oben fette Managergehälter, unten Leiharbeit zum Billigtarif

Im schwarz-grünen Haus Graz will man sich keine regulären Arbeitskräfte mehr leisten. Sogar die Verkehrsbetriebe sollen mit Leiharbeitern besetzt werden.

Dass es erstmals im Bereich der Stadt Leiharbeiter geben soll, geht aus einer Ausschreibung der Holding Graz hervor, die am 3. Dezember in der amtlichen „Grazer Zeitung“ veröffentlicht worden ist. Dabei wurden „Bestbieter für die Beistellung von Leiharbeitern auf Gleisbaustellen der GVB für 2011“ gesucht.

Dieses Beispiel bestätigt die Kritik der KPÖ: Beim Haus Graz gibt es oben üppige Managergehälter, unten wird auf Kosten der Beschäftigten gespart. Und für die Mehrheit der Bevölkerung werden die Tarife und Gebühren angehoben.

Am 1. Jänner 2011 hat sich in Graz viel geändert. Im Magistrat Graz sind um 1.160 Bedienstete und 25 Lehrlinge weniger beschäftigt. Sie wurden in die einzelnen GmbHs

der Holding Graz überstellt. Damit hat Schwarz/Grün die einschneidenden Veränderungen des Ausgliederungs- und Privatisierungskonzepts „Haus Graz“ vollzogen.

Die Veränderungen sind so bedeutend, dass der Gemeinderat in seiner Sitzung am 13. Dezember Beschlüsse über hunderte Seiten von hochkomplizierten Verträgen fassen musste.

Dabei ging es um die hochdotierten Verträge der Geschäftsführung, um die Übertragung des Eigentums und um die Einzelheiten der Abgeltung von Leistungen zwischen den Abteilungen der Stadt und den neuen Gesellschaften.

Eines ist klar: Der Druck auf die Beschäftigten steigt, Leistungen werden sich verschlechtern, dafür hebt man Gebühren und Tarife an. Auf der anderen Seite wird der Vorstand von zwei auf drei aufgestockt, für externe Beratungskosten werden hunderttausende Euro ausgegeben.

Politsekretäre und Gemeinderäte wechseln jetzt in Chefpositionen im „Haus Graz“. Es zeigt sich, dass es nicht um

Sparsamkeit geht, sondern um Postenschacher und parteipolitischen Einfluss.

OBEN WIRD GEPROTZT

Oben wird nicht gespart. Der Vorstand in der Holding Graz wurde von 2 auf 3 Mitglieder aufgestockt. Die Gagen werden sich auf fast 1 Million pro Jahr summieren. Die Vorstandsdirektoren Wolfgang Malik und Wolfgang Messner erhalten von der Stadt noch je eine Jahresgage Abfertigung. Diese wird fällig, weil sie durch die Umgründung der AG zur Holding neue Verträge bekommen. Sie bekommen laut Vertrag jeweils mehr als 200.000 Euro.

Die neue, zusätzliche Vorstandsdirektorin Barbara Muhr bekommt wie Messner 14.504 Euro monatlich, Malik 15.504. Tramwayfahren brauchen alle drei nicht, sie haben Anspruch auf einen Dienstwagen mit Privatnutzung.



Kontrollbilanz: „Die Arbeit geht uns nicht aus“

Variobahn, Reininghaus-Gründe, Grazer Bäche, Werbeaufträge an Werbeagenturen und viele andere Projekte nahm der Grazer Stadtrechnungshof im vergangenen Jahr unter die Lupe. „Es war ein intensives Arbeitsjahr mit vielen heißen Themen“, betonte Kontrollausschuss-Vorsitzende Ingeborg Bergmann (KPÖ) auf der Bilanzpressekonferenz. 22 aufwendige Prüfprojekte schloss der Rechnungshof im Vorjahr ab. „Wir haben mit Jahresende mit 42 offenen Prüfaufträgen den historisch höchsten Stand erreicht, das heißt, uns geht die Arbeit nicht aus“, versicherte der Stadtrechnungshofdirektor Dr. Günter Riegler.



Tramwayfahren brauchen die drei Vorstandsdirektoren der Graz-Holding nicht, sie haben Anspruch auf einen Dienstwagen mit Privatnutzung.

EINKOMMENSOFFENLEGUNG

Kein Geheimnis!

**Bruttobezüge der steirischen Landespolitiker 2010**

Monatseinkommen, 14 mal

Landeshauptmann	€ 16.000,10
Landeshauptmann-Stellvertreter	€ 15.158,00
Landesrat / Landesrätin	€ 14.315,90
Landtagspräsident	€ 11.368,50
Klubobleute	€ 10.526,40
Abgeordnete	€ 5.473,70

Mindestsicherung ab 1.3.2011

monatlich, 12 mal, inklusive Wohnbeihilfe

Mindessicherungsbezieher/in	€ 753,92
Weitere Person im	€ 564,70
Mindestsicherungshaushalt	

Einkommens-
transparenz ist
wichtig. Seit
Jahren legen
KPÖ-Mandatarinnen und
Mandatare
ihre Einkom-
men und deren
Verwendung
offen. Im Bild:
Landtagsab-
geordnete
Claudia Klimt-
Weithaler und
Stadträtin Elke
Kahr.

Zum „Tag der offenen Konten“ zum Jahresende legten die KPÖ-Mandatarinnen und Mandatare auch heuer offen, wie sie ihre Politbezüge verwenden. Die KPÖ-Politikerinnen und -politiker haben sich eine freiwillige Gehaltsobergrenze verordnet. 148.441,52 Euro haben die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr und ihre Mitstreiter heuer für Steirerinnen und Steirer in Notlagen zur Verfügung gestellt. Die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr steuerte zu dem Betrag 58.497 Euro bei.

„Immer mehr Leute sind berufstätig, kommen aber mit ihren Einkommen nicht über die Runden. Das ist besorgniserregend“, resümiert Elke Kahr.

ZITIERT

„Als Reaktion auf die Versäumnisse und Verschwendungssucht im Privatsektor, die die Krise ausgelöst hatten, wird jetzt die Sparsamkeit im öffentlichen Sektor verlangt“

Josef Stiglitz (Nobelpreisträger)



„Wir erleben täglich, dass diese Gesellschaft nicht mehr in der Lage ist, Grundprobleme zu lösen, da ist es doch legitim, über eine bessere Gesellschaft nachzudenken.“

Gesine Löttsch, Bundestagsabgeordnete der Linken, Deutschland

Haus Graz ohne Sozialpass

Es gibt Jubiläen, auf die man nicht stolz sein kann. Seit fast 20 Jahren tritt die KPÖ in Graz dafür ein, dass ein Sozialpass für Menschen mit geringem Einkommen geschaffen wird. Unter Bürgermeister Stingl hat es ganz konkrete Vorarbeiten dafür gegeben. Im Jahr 2007 hat sich der Gemeinderat einstimmig dafür ausgesprochen.

Seither ist in Graz nichts geschehen. SPÖ und ÖVP schieben einander den „Schwarzen Peter“ dafür zu. In der Zwischenzeit haben aber nach Linz viele Städte diesen Sozialpass (unter verschiedenen Namen) eingeführt: Kapfenberg, Judenburg, Mürzzuschlag, Trofaiach und kürzlich Tulln in Niederösterreich.

Ist es wirklich so schwer, einen Ausweis ins Leben zu rufen, mit der man Behördenwege reduziert und alle bestehenden Ansprüche auflistet und automatisch übernimmt?



KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann: Sozialpass endlich verwirklichen!

Der Sozialpass würde den Bezug der Wohnbeihilfe, des Heizkostenzuschusses sowie die Befreiung von Grundpreis bei Gas, Strom und Fernwärme garantieren und freien bzw. günstigen Eintritt für öffentlich subventionierte Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen sowie für die Benutzung von Bus und Tram sicherstellen.

Gemeinderätin Ina Bergmann: „Die Rathauskoalition lobt ihr Haus Graz in den Himmel. In diesem Haus Graz gibt es bisher aber nur Tarif- und Gebührenerhöhungen, aber keinen Sozialpass. Das stellt den Parteien, die oft riesige Beträge für Prestigeprojekte ausgeben, kein gutes Zeugnis aus.“

Helfen statt reden

Elke Kahr ist seit fünf Jahren Wohnungsstadträtin. Inzwischen waren 20.000 Menschen mit Problemen bei ihr.

Die hohe Zahl an Rat- und Hilfesuchenden im Büro von KPÖ-Stadträtin Elke Kahr ist ein Grund zur Sorge. „Es wird schlimmer. Es sind immer mehr junge Leute, die kommen“, sagt Elke Kahr, darunter Studierende, Selbstständige, auch Akademiker, die sich das Leben nicht mehr leisten können. Vielen akuten Notfällen

kommt der KPÖ-Sozialfonds zugute, den KPÖ-Politiker mit den überhöhten Politikereinkommen speisen.

Wichtiger sind aktive Maßnahmen gegen die Armut. Elke Kahr setzt sich für eine Mietzinsobergrenze, einen Kautionsfonds und eine wertangepasste Wohnbeihilfe ein. Die Wohnbeihilfe ist oft die einzige Chance, die viele Leute vor dem Wohnungsverlust bewahrt. Leider ist die Wohnbeihilfe durch Restriktionen im Rahmen der Mindestsicherung und Budgetkürzungen des Landes bedroht.

REININGHAUS-GRÜNDE:

Das Ringelspiel geht weiter

Nach dem Platzen des ECE-Projektes ist die neue Entwicklung im Fall Reininghaus-Gründe die zweite Blamage für Bürgermeister Nagl und die ÖVP innerhalb kurzer Zeit. Die Werbesprüche über die neue Ökostadt Reininghaus sind Makulatur.

Die Kritik der KPÖ und großer Teile der Grazer Bevölkerung am finanziellen Abenteuer ASSET ONE haben sich bestätigt. Jetzt geht es

darum, auf dem Areal den Bau von Gemeindewohnungen zu ermöglichen.

Die Stadt Graz steigt bei den Reininghausgründen nicht als Eigentümerin ein, das christliche Petruswerk übernimmt die die 54 ha große Fläche. KPÖ-Stadträtin Elke Kahr hat einige Fragen: Kommt es auch unter den neuen Bedingungen zu einer enormen finanziellen Belastung der Stadt? Wie kann eine soziale und ökologische Entwicklung der Reininghaus-Gründe sichergestellt werden?

Welchen Stellenwert hat in diesem Zusammenhang die Errichtung von Gemeindewohnungen?

Die KPÖ verweist darauf, dass der im Februar 2010 einstimmig im Gemeinderat beschlossene „Rahmenplan Reininghausgründe“ die Richtschnur für das Stadtentwicklungskonzept, den Flächenwidmungsplan und die notwendigen Bebauungspläne in diesem Stadtteil sein muss.

Elke Kahr: „Die neue Immobilienfirma verwendet nach eigenen Angaben ihre Gewinne für soziale Projekte in der Dritten Welt. Es wäre sinnvoll, soziale Projekte auch in Graz zu fördern. Damit meine ich ganz konkret die Schaffung von Gemeindewohnungen auf den Reininghausgründen.“

REININGHAUS-GRÜNDE

Die Reininghaus-Gründe gehörten zur Brauerei. 2005 verkaufte der Heineken-Konzern diese Grundstücke an die Immobilienfirma Asset One. Dort soll ein neuer Stadtteil entstehen. 2009 bot diese Firma die Grundstücke wegen finanzieller Probleme der Stadt an. Schwarz/Grün wollte die Firma um 80 Millionen Euro kaufen, der Stadt fehlt aber das Geld.

Grund und Boden sind Spekulationsobjekte. Es zählt der Profit und nicht eine ausgewogene Stadtentwicklung, selbst wenn „christliche Unternehmer“ ihre Hände im Spiel haben.

DAS PETRUSWERK

Die Immobilienfirma AVILA-Management & Consulting AG „Petruswerk“ will jetzt diesen Stadtteil kaufen. Sie gehört zu zwei Dritteln dem Karmeliterorden und zu einem Drittel dem katholischen Unternehmer Dr. Douglas Fernando. Sie besitzt große Immobilien in Deutschland, in Linz und in Salzburg.

Die Finanzierung der Projekte erfolgt meist durch kirchliche Banken.

Dr. Fernando tritt als Unternehmer auf, der mit seinen Projekten Geld für Projekte in der Dritten Welt zusammenbringen will. Er ist mit seiner Firma aber kein Wohltäter. In der Vergangenheit hat es auch einige Konflikte mit seinen Projekten gegeben.



Immobilienblase? Am Reininghaus-Areal soll ein neues Stadtviertel entstehen. Offen ist, wer investiert.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband
Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

SOZIALHILFERECHNER der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 875 5101

<http://www.sozialhilferechner.at>

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler





symbolbild, silva PhotoArt

SCHOCK FÜR VERKÄUFERIN

Nach Krankheit kam die Entlassung

Doris F. (Name ist der Redaktion bekannt) wurde im Krankenstand fristlos entlassen. „Darf mein Chef das überhaupt?“, wollte sie wissen. Solche Fragen zu stellen macht sich manchmal bezahlt.

Doris F. arbeitete in einem Modegeschäft. Als sie eines Tages krank wurde, bekam sie einen Brief vom Arbeitgeber. Darin stand, sie sei fristlos entlassen und brauche nicht mehr am Arbeitsplatz zu erscheinen. Schockiert wandte sich die Verkäuferin an die Arbeiterkammer, wo sie erfuhr: Eine Entlassung im Krankenstand ist unzulässig, denn für eine Entlassung bedarf es triftiger Gründe, wie etwa Vertrauensbruch, Diebstahl, Arbeitsverweigerung oder ähnliches.

Kein Entlassungsgrund

Doris F. befolgte den Rat der Arbeiterkammer und ging am Tag ihrer Gesundheitschreibung zur Arbeit. Die Verkäuferin erklärte ihrem Chef, dass sie sowohl ar-

beitsfähig als auch arbeitswillig sei und daher kein Entlassungsgrund bestehe. Der Arbeitgeber beharrte aber auf seiner Entscheidung und schickte sie weg.

Nach einer Intervention der Arbeiterkammer musste er jedoch die Entlassung in eine Kündigung umwandeln und dabei die – bezahlte – gesetzliche Kündigungsfrist einhalten. Natürlich bekam die Frau auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld aliquot ausbezahlt.

„In einem solchen Fall ist es wichtig, dass man nach Beendigung des Krankenstandes trotzdem zur Arbeit geht, denn das Nicht-Erscheinen könnte als Arbeitsverweigerung ausgelegt und damit erst recht zum Ent-

lassungsgrund werden.“, betont AK-Rat Peter Scherz.

Lieber nachfragen

Immer wieder kommt es am Arbeitsplatz oder auch bei der Arbeitssuche zu schwierigen Situationen, in denen man nicht weiß, wie man sich verhalten soll. „Man sollte aber nicht gleich alles schlucken, sondern lieber erst einmal nachfragen“, rät Peter Scherz.

Das kann man z.B. bei den kostenlosen montäglichen Beratungsstunden des GLB (Infos siehe unten) tun. „Auch wir wissen nicht immer alles, aber wir bemühen uns um die bestmögliche Lösung für die Betroffenen“, versichert Scherz.

MEINUNG



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Belastungen und Wählerbetrug

Die Einsparungsziele der Bundesregierung sollen hauptsächlich durch Kürzungen im Sozialbereich, bei Gesundheit und Bildung erreicht werden. Es wird niemanden mehr überraschen, dass die „Familienpartei“ ÖVP mit ihrem Finanzminister Josef Pröll an der Spitze bei den ungünstigen Kürzungen federführend war. Genauso wenig überraschend ist, dass der „sozialdemokratische“ Bundeskanzler Werner Faymann ganz stolz auf ein Budget ist, das auf Kosten der Schwächsten zusammengebastelt wurde.

Allein durch eine vernünftige Finanztransaktionssteuer könnte man locker mehr als 1,3 Milliarden hereinholen. Man müsste keine einzige Familie belasten und würde die wirklich Schuldigen am Finanzdebakel der letzten Jahre zur Kasse bitten.

Doch die Regierung macht Politik im Interesse des Finanzkapitals, nachdem sie sich von den Normalbürgern lediglich die Stimmen geholt hat.

Was die Versprechungen der Regierungsparteien wert sind, sollte man bis zu den nächsten Wahlen nicht vergessen – und die Rechnung dafür präsentieren.

Um die Interessen der Mehrheit der Menschen im Land vertreten zu können, darf man weder den Konzernen noch dem europäischen Finanzkapital verpflichtet sein. Nur so können Arbeiterrechte gesichert werden.

meint Ihr Peter Scherz

TATORT
Arbeitsplatz **BERATUNG**
in Fragen des
ARBEITSLEBENS und BERUFSALLTAGS
jeden **MONTAG** von 16 bis 18 Uhr
in der **Lagergasse 98 a - 8010 Graz**
oder Tel. **0660 / 1426 080**
E-Mail: **glb@glb-steiermark.at**
http://www.glb-steiermark.at/

STADTENTWICKLUNGSKONZEPT

Graz muss für alle da sein

Mit dem Stadtentwicklungskonzept 4.0 werden die Weichen gestellt, wohin sich Graz in den nächsten 10 Jahren entwickeln soll. Machen Sie mit!

Um die Rahmenbedingungen und Ziele der zukünftigen Entwicklung festzulegen, wird im Zehn-Jahres-Abstand vom Gemeinderat ein Stadtentwicklungskonzept beschlossen. In den folgenden Jahren stellt es die Grundlage für den Flä-

chenwidmungsplan und für Bebauungspläne dar. Die Stadt Graz und alle, die Bauvorhaben verwirklichen wollen, müssen sich daran halten.

Schöne Grundsätze

Der Vorentwurf zum „Stadtentwicklungskonzept 4.0“ definiert acht Grundsätze; unter anderem Urbanität, Vielfalt, gelebte Baukultur und attraktive Lebensbedingungen.

Wer jedoch meint, dass diesen schönen Absichten in den weiteren Ausführungen auch Vorgaben zur Umsetzung folgen, irrt. Denn der Verordnungstext – nur dieser ist letztlich bindend – beschränkt sich zumeist auf vage Formulierungen, die weite Interpretationsspielräume eröffnen.

Zu den am häufigsten verwendeten Wörtern des Entwurfs zählen „weitgehend“, „überwiegend“ und „verträglich“ (z.B. „weitgehender Erhalt der Kleingartenanlagen“, „weitgehende Unterbringung der PKW-Stellplätze in Tiefgaragen“).

Ein Schelm, wer daraus schließt, dass die Erstellung eines konkreten und in seiner Umsetzung auch überprüf- baren Konzeptes weitgehend vermieden werden soll. Oder dienen diese Formulierungen den Interessen zukünftiger Immobilieninvestoren?

Zahnloses Konzept

Mit derlei zahnlosen Absichtserklärungen wird die Chance vertan, brennenden Problemen der Grazer Stadtentwicklung – die fehlende soziale Durchmischung, den Mangel an adäquatem und leistbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten, den ungebremsten Anstieg des Verkehrsaufkommens und die zunehmende Belastung der Bevölkerung durch Lärm und Luftschadstoffe – mit konkreten Lösungsansätzen zu begegnen.

Zu diesen Bereichen werden meist nur Wünsche formuliert, etwa zum Thema Lärm das „Fernhalten gebietsfremder Lärmquellen aus Wohngebieten“, von welchem mangels festgelegter Grenzwerte kein Schutz einzelner Personen vor Lärm abgeleitet werden kann.

Die „Ausweisung von aus-

reichend Wohnbauland“ bzw. „Entwicklung neuer Wohngebiete durch Flächenrecycling“ schließt die Vermutung nicht aus, dass dadurch vor allem die Bedürfnisse der einkommensstarken Haushalte befriedigt werden sollen.

Beteiligung gefragt!

Der Entwurf wird nach dem Beschluss im Gemeinderat öffentlich zugänglich aufgelegt, voraussichtlich wird er auch im Internet zugänglich sein.

Acht Wochen lang hat dann jede/r Grazer/in das Recht, Einwendungen und Ergänzungen einzubringen, die vor der Verabschiedung des endgültigen Konzeptes behandelt und beantwortet werden müssen.

Falls Sie Anregungen haben oder eine Einwendung einreichen wollen, ist der Gemeinderatsklub der KPÖ Graz im Rathaus gerne behilflich. Kontakt: stadtblatt@kpoe-graz.at

BEBAUUNGSPLÄNE

Der Bebauungsplan spielt in der Stadtentwicklung eine wichtige Rolle. Wir sind der Meinung, dass Bebauungspläne nicht nur anlassbezogen erstellt werden sollen, also nicht erst dann, wenn ein konkreter Investor da ist, der ein Projekt umsetzen möchte. Es geht uns vielmehr darum, dass insbesondere in sensiblen Gebieten bereits im Vorhinein Bebauungspläne „von Amts wegen“ erstellt werden. Sensible Gebiete sind beispielsweise solche, wo Wohngebiete und Industrie- oder Gewerbegebiete zusammentreffen oder etwa Zonen mit besonders schützens- und erhaltenswerter Architektur. Dort geht es darum, bereits im Vorfeld klarzustellen, was den Menschen zugemutet werden kann und was nicht. Eine solche Vorgehensweise richtet sich auch nicht gegen die Investoren, denn diese haben dann zumindest Grundlagen für ihre Planungsarbeit und wissen bereits vorher, woran sie sind, was möglich ist und was nicht.

KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber



KURZ GESAGT

ÖBB: Verbindungen werden eingestellt

Die ÖBB sparen auf dem Rücken der Bahnkunden. Auch Graz ist betroffen. Nach dem Aus für die IC-Verbindung Graz-Linz, sollen ab Juni 2011 einige Schnellzugsverbindungen nach Salzburg und nach Maribor durch Busse ersetzt werden. Damit motiviert man niemanden, vom Auto auf die Bahn umzusteigen.

Nahverkehrsabgabe dringend nötig

Die Stadtregierung hat scharf gegen die angekündigte Streichung eines Drittels der Bundesförderung für Tangentialbuslinien und Nachtbusse protestiert. Von der Kürzung betroffen sind unter anderen die Linie 62 (von Puntigam in die Carnerigasse) und 64 von St. Peter nach Wetzelsdorf.

„ÖVP und SPÖ sitzen auch in der Bundesregierung und unterstützen das aktuelle Belastungsbudget. Ein Protestbrief gegen die Folgen dieser Belastungen wird zu wenig sein“, so die KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Die aktuelle Situation verstärke die langjährige Forderung der KPÖ nach einer Nahverkehrsabgabe der Unternehmer. Diese Abgabe wirkt ähnlich wie die Wiener U-Bahnsteuer und kann vom Landtag beschlossen werden.

Menschenrechtspreis für Bauorden

Seit drei Jahren sanieren junge Menschen unter der Ägide des Bauordens kostenlos Wohnhäuser der Stadt am Grazer Grünanger. Für ihr Engagement wurde der Organisation nun der Menschenrechtspreis des Landes Steiermark verliehen.



<http://www.bauorden.at/>

Wilfried Stummer ist bescheiden. Gefragt, wie er sich als Menschenrechtspreisträger fühle, fällt dem Vorstand des Österreichischen Bauordens nur eines ein: „Unwürdig“. Immerhin würde anderswo weit mehr getan, sei der eigene Beitrag bloß ein kleiner.

Diejenigen, die von Stummers Arbeit profitieren, beurteilen die Sache freilich anders. Für die Bewohner der Siedlung am Grazer Grünanger etwa ist das Engagement des Bau-

ordens von entscheidender Bedeutung. Hier zieht es vornehmlich jene hin, die am Rand der Gesellschaft stehen. In manchen Fällen spielt Alkoholismus eine Rolle, in fast allen massive soziale Notlagen.

Die Sanierung der Holzständerbauten aus eigener Kraft ist deshalb kaum möglich.

Eine eigene Dusche ist hier keine Selbstverständlichkeit. „Dass Menschen in Österreich so leben müssen“, hatte auch Wilfried Stummer nicht geahnt, als er vor drei Jahren zum ersten Mal die Lage am Grünanger in Augenschein nahm. Seither organisiert der 68-jährige jene Bautrupps, die für die Sanierung der Holzständerbauten sorgen. Entgegen kommt dem pensionierten Lehrer und Architekten dabei sein Know-how aus der Baupraxis. Stummer plant, koordiniert und handwerkelt selbst fleißig mit. Und zwar ganz gleich, ob es um Wärmedämmungsmaß-

nahmen, Nasszelleneinbau oder das Bereinigen baulicher Mängel geht. Finanziert werden die Sanierungsmaßnahmen zu einem Gutteil durch das städtische Wohnungsamt, aber auch private Spender und die Caritas unterstützen die Arbeiten finanziell.

Für die Durchführung der Sanierungen sorgen vorwiegend junge Menschen aus Österreich, aber auch aus dem Ausland. Und zwar ehrenamtlich. Ihr Lohn, sagt Stummer, ist oftmals ein anderer. Etwa die Erfahrung, Menschen helfen zu können.

Stummer: „Wir hatten im ersten Jahr beispielsweise einen Mann, der hatte mit der Welt abgeschlossen. Er hat sich vollkommen abgekapselt, machte seine Fensterläden nicht mehr auf. Jetzt hat er wieder Kontakte, ist offener geworden und in der Siedlung bestens integriert.“

<http://www.bauorden.at/>

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ **0316/ 71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um **Pflegegeld**
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Jeden DO. gemüthlicher Nachmittag im Volkshaus



STROMSTEUERN VERDOPPELT

In 14 Jahren, von 1996 bis 2010, haben sich die Steuern und Abgaben auf Strom in Österreich verdoppelt – allerdings nur für Endverbraucher. Denn während die Belastungskeule alle Haushaltskunden mit voller Wucht trifft, sorgt das Energieabgabenrückvergütungsgesetz dafür, dass sich Unternehmer sowohl Elektrizitätsabgabe als auch Ökostromabgabe fast zur Gänze vom Fiskus zurückholen können. Damit soll ihre Konkurrenzfähigkeit EU-weit gesichert werden, sagen Österreichs Politiker. Für die Frage, wie bei dieser Steuerlast die Existenz von Niedrigverdienern gesichert werden kann, fühlen sie sich offensichtlich nicht zuständig.



**LAND SCHLIESST GEHEIMVERTRAG MIT DEM „PRINZEN“
Geheimnis um Elfenberg**

Das Land entzieht den Vertrag mit dem Tierpark Mautern der Prüfung, indem jede Zeile des Vertrags geschwärzt ist. Dubiose Geschäfte?

Der Wildpark Mautern ist trotz öffentlicher Subventionen in der Höhe von sechs Millionen Euro in die Zahlungsunfähigkeit geschlittert. Zuletzt wurden von der Landesregierung kurzfristig 1,98 Millionen Euro für den Tierpark genehmigt. Das Land verhandelte mit Grundbesitzer Reuss (oft als „Prinz“ bezeichnet) und seiner Stiftung in Liechtenstein. Im Dezember bekam der Kontrollausschuss den Vertrag zur Begutachtung. Allerdings war jede einzelne Zeile des Dokuments geschwärzt. Der Kontrollausschuss sollte also einen unlesbaren Vertrag kontrollieren.



Beispielseite, geschwärzter Text: KPÖ-Juristin Karin Reimelt und KP-Kontrollausschussvorsitzender LAbg. Werner Murgg wollen eine wirkliche Offenlegung des Elfenberg-Vertrags.

Ein Hohn, findet Werner Murgg. Der KPÖ-Abgeordnete leitet den Ausschuss seit der Landtagswahl im letzten September. VP-Landesrat Buchmann bezeichnete den geschwärzten Text sogar als „Beitrag zur Transparenz“. Werner Murgg prangert diese Vorgangsweise an und verlangt, den Vertrag einer Prüfung durch den Rechnungshof zu unterziehen. Das wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Dubioser Vertrag

Werner Murgg: „Die Abgeordneten, die über diesen Vertrag abgestimmt haben, durften weder Näheres über die bereits erfolgten Förderungen

und stillen Beteiligungen des Landes, noch über die Pläne der Landesregierung zur Fortführung des Tierparks erfahren. Wir können keine Einschätzung über die auf das Land zukommenden Verpflichtungen und Kosten treffen. Eine Privatstiftung in Liechtenstein und Herr Reuss sind die Nutznießer dieser Vereinbarung. Die KPÖ hat nichts gegen den Erhalt des Wildparks, es muss aber eine saubere Lösung im Interesse der Bevölkerung geben, keine undurchsichtigen Geschäfte.“

Die KPÖ wird sich weiterhin dafür einsetzen, den Geheimvertrag prüfen zu können.



Im Wildpark Mautern, aber auch bei anderen steirischen Tourismusprojekten läuft einiges schief. KPÖ-Abgeordneter Murgg will sich keinen Bären aufbinden lassen und fordert eine Prüfung durch den Rechnungshof.

KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender LAbg. Werner Murgg:
„Die Geheimverträge zum WILDPARK MAUTERN, die gewaltigen Zuschüsse an den Tierpark HERBERSTEIN, das EUROPAEUM in Mariazell oder die THERMEN in Fohnsdorf und Blumau zeigen, dass das Land bei Tourismusprojekten regelmäßig gewaltige Summen in den Sand setzt, ohne etwas daraus zu lernen. Besonders abzulehnen sind Haftungsübernahmen für Banken, die sich in der Steiermark ohne Risiko verspekulieren können, weil der Bevölkerung im Notfall die Verluste der Banken aufgeladen werden.“

BÜRGERINITIATIVE GEGEN DEN PFLEGENOTSTAND

Pflege in die Sozialversicherung!

PFLEGEMISERE: ENDLICH HANDELN!

In vielen Pflegeeinrichtungen ist die Pflege nicht gesetzeskonform, so der Bericht der steirischen Pflegeombudschaft.

private Einrichtungen die Pflegekosten hochtreiben, um Gewinne zu erzielen.



Wie wollen wir Pflege?
2., aktualisierte Auflage
Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten
Vorschläge der steirischen KPÖ zum Pflegenotstand.



Forderungen der KPÖ zur Pflege, Broschüre, kostenlos anzufordern beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102, E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at.

Vor allem die geringe Zahl der Kontrollen und ihre oberflächliche Durchführung sind Anlass zur Besorgnis, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Eine große Anzahl der privaten Pflegeheime und Pflegeplätze in der Steiermark ist mehr auf einen hohen Profit als hohe pflegerische und medizinische Standards bedacht.

Die KPÖ fordert die Beschränkung von Pflegezuschüssen auf öffentliche und gemeinnützige Heime, weil

Über den Pflegenotstand in Österreich wird zwar viel geredet, getan wird aber wenig.

Die Regierung will bis 2014 im Pflegebereich 578 Millionen weniger ausgeben. Der Zugang zum Pflegegeld wird erschwert, dabei hat das Pflegegeld seit seiner Einführung im Jahr 1994 ein Fünftel seines Werts verloren. Hunderttausende Menschen haben schon jetzt trotz Bedarfs keinen Zugang zum Pflegegeld, und für Menschen mit hohem Pflegebedarf deckt es oft nicht einmal einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten. Die Folgen: Armut, überlastete Familien, Zweiklassen-Pflege.

Das Pflegesystem muss geändert werden, die Pflege gehört in die Sozialversicherung

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler



eingebunden! Wie bei der Krankenversicherung soll jeder Mensch im Bedarfsfall Anspruch auf die erforderlichen, qualitativ hochstehenden Pflegeleistungen haben. Ebenso wie eine gute Kranken- oder Unfallbehandlung, darf auch eine gute Pflege nicht von der Brieftasche abhängig sein. Jede/r hat ein Recht auf würdevolles Altern!

Sind Sie auch dieser Meinung? Dann unterschreiben Sie die Bürgerinitiative „Pflege in die Sozialversicherung!“

PFLEGE IN DIE SOZIALVERSICHERUNG !

In Österreich gibt es einen Pflegenotstand. Privatisierung des Pflegerisikos und der Pflegekosten, Armutsgefährdung, Überlastung von Familienangehörigen, zu wenig Pflegepersonal, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, überschuldete Gemeinden und eine ungesicherte Finanzierung sind Ausdruck dieses Notstands im Bereich der Pflege.

Wir sind daher der Meinung: Pflege muss uns etwas wert sein. Wir wollen ein finanziell abgesichertes, humanes und solidarisches Pflegesystem, das allen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Lage – die Pflegeleistungen zukommen lässt, die sie brauchen, um würdevoll zu leben.

WIR FORDERN DAHER VOM ÖSTERREICHISCHEN NATIONALRAT:

- Einbindung der Pflege in eine reformierte Sozialversicherung!
- Rechtsanspruch für alle auf bedarfsorientierte Pflegeleistungen!
- Ausbau der professionellen Pflege, Attraktivierung der Pflegeberufe!
- Mehr Investitionen in Vorbeugung, Früherkennung, Vernetzung und Integration!

Name		Adresse	
Unterschrift	Datum der Unterschrift	Geburtsdatum	E-Mail (wenn Sie weitere Infos erhalten wollen)

Name		Adresse	
Unterschrift	Datum der Unterschrift	Geburtsdatum	E-Mail (wenn Sie weitere Infos erhalten wollen)

www.solidarwerkstatt.at – Info: 0316 71 24 79 - Fax 0316 / 71 62 91
Unterschriftenlisten an KPÖ Graz, Lagergasse 98a senden oder im Rathaus, KPÖ-Klub abgeben.

Schlüssel fürs Himmel- reich?



Koptische Kirche in Graz: von Islamisten bedroht.

Zu den Weihnachtsfeiertagen wurde bekannt, dass 15 Kopten – ägyptische Christen – aus Österreich, darunter auch Grazer, vom Ableger der Terrororganisation Al-Kaida „Islamischer Staat Irak“ auf die Todesliste gesetzt wurden. Ihr Makel: Sie sind Christen und setzen sich für andere Christen ein. Die Namen wurden auf einer Homepage veröffentlicht.

Immer wieder fallen fundamentalistische islamistische Attentäter dadurch auf, dass sie vor nichts zurückschrecken, auch nicht vor dem eigenen Tod. Denn sie glauben fest daran, dass ihnen das ewige sorgenfreie Leben im Jenseits gesichert ist.

Vom iranischen Politiker, Ayatollah Khomeini, ist überliefert, dass er unter seinen Anhängern Schlüssel für das Himmelreich verteilt hat, um ihren Kampfgeist zu stärken. Er selbst weilte freilich im sicheren Exil in Paris.

Kämpfen im Namen des Christentums oder des Islam: Der Missbrauch religiöser Überzeugungen hat seit Jahrtausenden traurige Tradition, auch wenn es den Drahtziehern stets um etwas anderes ging und geht – Land, Sklaven, Erdöl, Herrschaft, Geld.

Auch die Ägyptische Gemeinde in Österreich hat den Anschlag auf koptische Christen in Alexandria auf das schärfste verurteilt.

KRAFTWERKSBAU: RETTET DIE MUR Erste Bäume fallen

Fast 30.000 Grazer haben gegen das umstrittene Murkraftwerk in Puntigam unterschrieben.

Im Grazer Süden sind die Ersten Bäume an der Mur gefallen. Im Murfeld und an der Stadtgrenze zu Feldkirchen hat man die Ufervegetation abgeholzt. Der Kahlschlag passierte genau dort, wo eigentlich Ausgleichsflächen für das Gössendorfer Kraftwerk geplant waren.

Die Estag meinte gegenüber der Kleinen Zeitung, die Bäume im Uferbereich wären ohnehin kaputt gegangen und man werde neue pflanzen. Die Grünraumabteilung der Stadt

kritisierte das Vorgehen der Estag massiv und nannte es „äußerst unbefriedigend“. Denn es dauert bis zu zehn Jahre, bis der Uferbereich wieder bewachsen sei.

Dabei könnte die Anlage im Winter – wenn der Strombedarf am höchsten ist – nicht einmal 5.000 Haushalte mit Strom versorgen.

Obwohl die ESTAG am 7.

10. 2010 einen Projekt- und Planungsstopp verkündete, sickerte durch, dass die Turbinen für die Staustufe Puntigam bereits am 14. 12. 2010 bei der Andritz AG bestellt worden sein sollen.

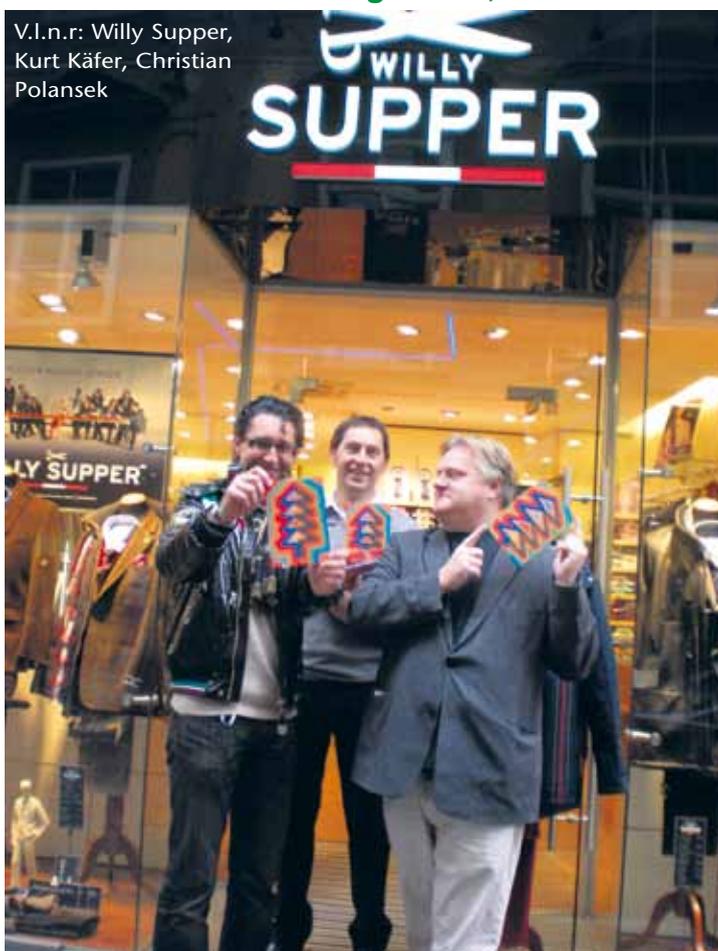


Im Murfeld wurde schon gerodet

steirer helfen steirern

Wenn alle an einem Strang ziehen, kommt sehr oft ein gutes Ergebnis zu Tage.

V.l.n.r.: Willy Supper, Kurt Käfer, Christian Polansek



„Geholfen kann nie genug werden“, meint der Herrenausstatter Willy Supper

Nicht immer ist man selber schuld, oft treffen einen Schicksalsschläge, denen man nicht auskommt und man verliert seine Wohnung und sein Dach über dem Kopf. Um dieses Leid ein wenig zu lindern, malte der Grazer Künstler Christian Polansek 100 Christbäume auf Pappelsperholz. Diese Christbäume wurden verkauft und der Herrensattler Willy Supper vermehrte den Betrag aus dem Verkaufserlös um mehr als das Doppelte. So kam der ansehnliche Geldbetrag von 2.300 Euro für den KPÖ-Sozialfonds von Elke Kahr zustande. Die Gelder kommen Grazerinnen und Grazern in Wohnnotsituationen zugute. Durch Unterstützung der Initiative „Steirer helfen Steirern“ der Kleinen Zeitung wurde die Aktion steiermarkweit bekanntgemacht. Wir danken allen Beteiligten ganz herzlich!

Miese Mindestsicherung

„Die Mindestsicherung, die ab 1. März die Sozialhilfe ersetzt, bringt drastische Verschlechterungen für tausende Steirerinnen und Steirer“, sagt KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

So kommt die Rückzah-

lungspflicht (Regress) wieder, Richtsätze werden verringert, die Mindestsicherung bedeutet dramatische Einbußen gegenüber der „alten“ Sozialhilfe – und das für die einkommensschwächsten Schichten der Bevölkerung.

Richtsätze für das Jahr 2011

SOZIALHILFERICHTSÄTZE (bis 28. 2. 2011)

Die Richtsätze für den Lebensbedarf betragen für

Alleinstehend Unterstützte.... € 548,--
Hauptunterstützte oder Unterstützte in Haushaltsgemeinschaft..... € 500,--
Mitunterstützte in Haushaltsgemeinschaft € 334,--
Mitunterstützte, für die Familienbeihilfe bezogen wird € 169,--

Hinzu kam bisher:

- der **vertretbare Aufwand** des Hilfeempfängers für **Wohnen**
- Im Februar und August für Energiekosten ein Betrag von € 47,--.
- Im Juni und im November standen Sonderzahlungen in der Höhe der Richtsätze für den Lebensbedarf zu. (13. und 14. Auszahlung).

Im März 2011 wird die Sozialhilfe von der Mindestsicherung abgelöst. Dies bedeutet eine Schlechterstellung für alle gegenüber der Sozialhilfe.

MINDESTSICHERUNG (ab 1. März 2011)

- keine Sonderzahlungen mehr (außer Kinder)
- Kinderrichtsätze sind niedriger als bisher (siehe unten)
- auf die **Mietkosten wird nicht mehr individuell eingegangen**, diese sind bereits in den Mindeststandards inkludiert (25 %).

Die Mindestsicherung beträgt für

Alleinstehende und Alleinerzieherinnen € 752,93
volljährige Personen, die mit anderen Volljährigen im gemeinsamen Haushalt leben, erhalten

- pro Person € 564,70
- ab der dritten leistungsberechtigten volljährigen Person, wenn diese einer anderen Person im gemeinsamen Haushalt gegenüber unterhaltsberechtigter ist € 376,47
Minderjährige mit Anspruch auf Familienbeihilfe, die mit einem Volljährigen im gemeinsamen Haushalt leben

- für die ersten 4 Kinder € 143,05
- ab dem fünften Kind € 173,17

PENSIONEN: Die Mindestpensionen (Pensionen mit Ausgleichszulagen) betragen im Jahr 2011

Mindestpension (Ausgleichszulage) Alleinstehende: € 793,40
Ehepaare (Familien): € 1.189,56

Von diesen Richtsätzen werden 5,1 % für die Krankenversicherung abgezogen.

PFLLEGEGELD: Das Pflegegeld wurde 2011 nicht erhöht.

Stufe 1: € 154,20 / Stufe 2: € 284,30 / Stufe 3: € 442,90 / Stufe 4: € 664,30 / Stufe 5 € 902,30 / Stufe 6: € 1.260,-- / Stufe 7: € 1.655,80

RUNDFUNK- UND TELEFONGEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von

für Alleinstehende € 888,61
für Ehepaare..... € 1.332,31
für jede zusätzliche Person im Haushalt € 137,10



Anfragen: KPÖ-Landtagsklub
DSA Karin Gruber
Herrngasse 16, 8010 Graz
Tel. 877 - 5101



MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Landtagsabgeordnete

Sozialsystem im Würgegriff

Liebe Grazerinnen und Grazer!



Mit 1. März ersetzt die „bedarfsorientierte Mindestsicherung“ Sozialhilfe. Wer einen sozialpolitischen Fortschritt erwartet hat, wird enttäuscht: Es kommt zu einer dramatischen Verschlechterung für die Betroffenen.

Die Steiermark legt noch ein Schäufelr drauf: Länder und Bund haben vereinbart, dass es bei der Mindestsicherung zu keinem Kostenersatz (Regress) durch Kinder, Enkelkinder, Großeltern und Eltern kommen darf. Trotzdem hat der steirische Landtag im Dezember beschlossen, den Regress wieder einzuführen, der im Jahr 2008 auf Druck von

KPÖ und Grünen abgeschafft worden war.

Wir haben im Landtag wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Wiedereinführung des Regresses nicht nur ungerecht ist, sondern auch der Bund-Ländervereinbarung widerspricht, die Verschlechterungen verbietet. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben diese Bedenken vom Tisch gewischt.

Unabhängig davon bleibt die traurige Tatsache, dass die Mindestsicherung für alle derzeitigen Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe eine deutliche Verschlechterung darstellt.

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



**KPÖ – damit wir uns
das Leben wieder
leisten können**

Sommer, Sonne, Ferien: Los! Kinderland

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

1-2 oder 3 Wochen möglich!

St. Radegund oder Sablatnigsee, Kärnten

Auskunft und Anmeldung:
kinderland Steiermark
Mehiplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at

WWW.KINDERLAND-STEIERMARK.AT

Wehrpflicht: Spiel mit gezinkten Karten

Bei der Diskussion um Wehrpflicht oder Berufsheer wird Entscheidendes unterschlagen: Ein Berufsheer in Österreich passt haargenau in das Konzept von EU und NATO. Eine Söldnertruppe kann in aller Welt eingesetzt werden und Krieg führen.

Die sogenannten Battle-groups unter Beteiligung des Bundesheeres sind seit 1. Jänner 2011 einsatzbereit. Diese

EU-Kampftruppen stehen für Angriffskriege der EU v.a. in den rohstoffreichen Regionen Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens bereit. Seit dem EU-Vertrag von Lissabon können diese Kampftruppen sogar für Militäreinsätze im Inneren der EU eingesetzt werden. Die Teilnahme Österreichs an diesen Kampftruppen ist klar neutralitäts- und staatsvertragswidrig.



Hörsaal A wurde Willi-Gaisch-Hörsaal



Uni Graz würdigt kommunistischen Widerstandskämpfer ein Jahr nach seinem Tod.

Der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und frühere Landesobmann der steirischen KPÖ, hatte am 10. Dezember 2009 im Hörsaal A der Karl-Franzens-Universität einen Schlaganfall erlitten an dessen Folgen er wenig später verstorben war. Ein Jahr darauf wurde nun ebendieser Hörsaal in Willi-Gaisch-Hörsaal umbenannt. Gewürdigt wurden Gaischs Leistungen von Vizerektorin Irmtraud Fischer, LABg. Dr. Werner Murgg (KPÖ), ÖH-Chef Cengiz Kulac (GRAS) und Hanno Wisiak (KSV). Der

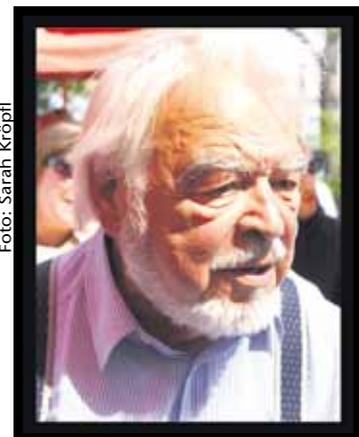


Foto: Sarah Kröpfel

Willi-Gaisch-Hörsaal ist der erste an einer österreichischen Universität, der nach einem antifaschistischen Widerstandskämpfer benannt wurde.



BRUNCH am Grünanger

Wir treffen uns auf ein spätes Frühstück und einen netten gemeinsamen Vormittag...
... jeden ersten Donnerstag im Monat
Großes Frühstücksbuffet
(Kostenbeitrag 3,00 Euro)
Nächster Termin: Do. 03. Februar
10:00 – 11:30 Uhr

Andersengasse 32, 8041 Graz, (WIKI Jugendzentrum), Buslinie 34 E, gegenüber Haltestelle Theyergasse

SMZ Liebenau,
Tel. 42 81 61
oder 0699 180 84 375



GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Verlags- und Herstellungsort: Graz.
Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



EURO-RETTUNGSSCHIRM NUTZT NUR DEN BANKEN

Schutz für Spekulanten

„Hören Sie auf, Europapolitikern zu glauben. Hören Sie erst recht auf, Wirtschaftsforschungsinstituten zu glauben.“ Aus: »Rettung der Welt. Was Sie sofort tun können« des Sozialpsychologen Harald Welzer (faz.net).

Sie haben gelogen, dass sich die Balken gebogen haben. Wer? Die Politiker in der EU und Österreich – und auch die sogenannten Wirtschaftsexperten. Wann? Damals, als sie uns die EU und den Euro als Schlüssel zu Wohlstand und sozialer Sicherheit angepriesen haben.

Heute sind dieselben Leute wieder da. Und sie sagen, dass wir mit Lohnverzicht, Sozialabbau und riesigen Milliardensummen den Euro „retten“ müssten, sonst würde dies schreckliche Folgen haben.

Schutzschirm?

Ein Schutzschirm wird aufgespannt. Für wen? Für Griechenland, Irland, Portugal oder Spanien, sagen sie. Das stimmt

1998: KPÖ hat gewarnt

»Euro vertieft Spaltung in Arm und Reich!«

Die steirische KPÖ hält an ihrer Kritik am Euro fest. Die neue Währung dient vor allem den Interessen des westeuropäischen Finanzkapitals. Sie wird zu einer Anpassung der Sozialsysteme und der Lohnkosten nach unten führen. Das Abenteurer Euro muss von den arbeitenden Menschen bezahlt werden. Die Einheitswährung wird die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich noch vertiefen.

Die Menschen, die jetzt der Europropaganda Glauben schenken, könnten noch böse Überraschungen erleben.“ (Presseaussendung der steirischen KPÖ vom 31. 12. 1998)

aber nicht: Es ist ein Schutzschirm für die europäischen Großbanken.

Der linke EU-Experte Andreas Wehr hat analysiert: Nach Irland verliehen ausländische Banken 731 Milliarden Dollar, nach Griechenland 175 und nach Portugal 235. In Spanien wurden 876 Milliarden Dollar angelegt. Auch nach Osteuropa floss viel Geld (auch aus Österreich), immer auf der Suche nach besseren Profitmöglichkeiten. Die Ergebnisse sieht man heute: In Griechenland und Portugal hat sich der Staat hoch verschuldet. Im Baltikum meldeten Zehntausende Unternehmen und Privatpersonen Insolvenz an. In Irland und in Spanien entstanden riesige Immobilienblasen, die gleich am Beginn der Krise platzten.

Belastungspakete für Großbanken

Es sind vor allem die Kreditgeber aus Kerneuropa, die Banken, Versicherungen und Pensionsfonds – auch aus Österreich –, die heute um diese Gelder fürchten. Bei der Eintreibung dieser Außenstände stehen ihnen ihre Regierungen zur Seite. Berlin, Paris und London üben mit Hilfe der Europäischen Kommission und des Internationalen Währungsfonds (IWF) massiven Druck auf die Defizitländer aus, eine strenge Sparpolitik zu befolgen. Verlangt werden drastische Absenkungen der Sozialleistungen, radikale Kürzungen bei den Löhnen im öffentlichen Sektor, weitere Deregulierungen der Arbeitsmärkte, Anhebungen des Renteneintrittsalters und die Beseitigung jeglicher den Wettbewerb hemmender Beschränkungen.

Österreich macht mit: Die

Belastungspakete von Bund, Land und Gemeinden gehören zu diesem Bankenrettungspaket. In der aktuellen Krise sind viele Lügen der Meinungsmacher geplatzt: Die EU schützt nicht vor der Krise, der Euro ist keine sichere Währung, die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU gefährdet Arbeitsplätze und bringt das gesamte Sozialsystem in Gefahr. Trotzdem machen die Herrschenden weiter. Sie sind in Wirklichkeit die Befehlsempfänger der Großbanken. Und die EU ist ein Mechanismus, der die Interessen der Großkonzerne und der Banken gegen die Mehrheit der Bevölkerung

in Europa durchdrückt.

Das jüngste Beispiel: Der EU-Vertrag wird in einem entscheidenden Punkt geändert: Die Hilfspakete für die Banken werden in die Verfassung aufgenommen. Die Bevölkerung darf nicht abstimmen.

Die KPÖ unterstützt die Proteste in Griechenland, Frankreich, Portugal oder Irland gegen den Sozialabbau. Wir fordern, dass diejenige für die Kosten der Krise zahlen sollen, die sie verursacht haben: Die großen Konzerne und die Banken! **EU und Euro sind nicht die Lösung des Problems, sondern sie sind selbst ein großer Teil des Problems.**



flickr/UggBoy_UggGirl

Wir müssen für den Euro zahlen um den Kapitalismus zu retten.

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK GLB

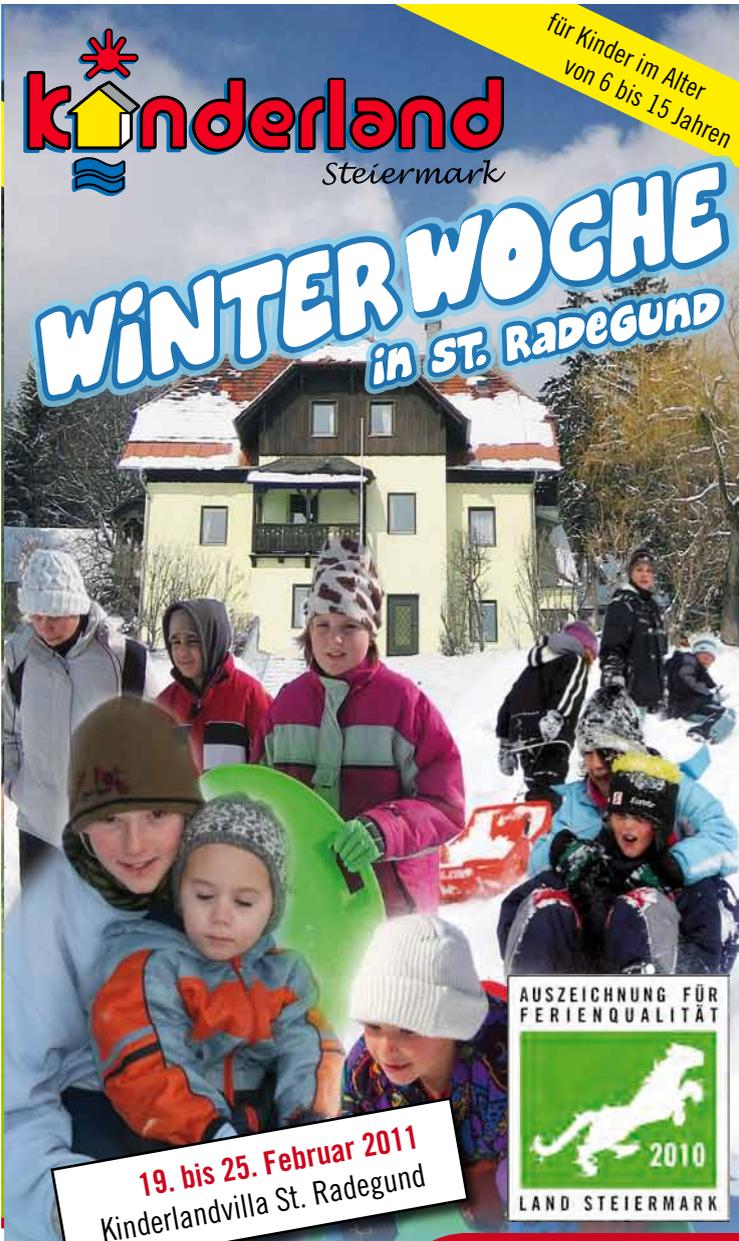
GLB-Treffen jeden ersten Mittwoch im Monat
ab 17 Uhr im Karl-Drews-Klub im Volkshaus Graz (Lagergasse 98a)

Mittwoch 2. Feb 2010, 17 Uhr
Wie kann linke Gewerkschaftspolitik aussehen?

kinderland Steiermark

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

WINTERWOCHE in ST. RADEGUND



AUSZEICHNUNG FÜR FERIENQUALITÄT 2010 LAND STEIERMARK

19. bis 25. Februar 2011
Kinderlandvilla St. Radegund

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: € 159,-

Auskunft und Anmeldung:



Mehlplatz 2, 8010 Graz

Tel.: 0316 / 82 90 70

Fax: 0316 / 82 06 10

office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at

KEINE PANIK!

Das sind nur ein paar langweilige Gedichte über die Krise.

Mit Musik von Christian Masser

Dienstag 1. März 2011, 19 Uhr

KPÖ Bildungszentrum im

Volkshaus Graz

Lagergasse 98a, 8020 Graz

Eintritt: 7 €,

Karten: 0316/22 59 31 und

0316/71 24 79

„Keine Panik. Das sind nur ein paar langweilige Gedichte über die Krise.“

So nennt Franz Stephan Parteder seinen neuen Gedichtzyklus. Parteder hatte in den Siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit Mundart-Übersetzungen von Beatles- und Kinks-Liedern experimentiert. 1985 erschien der Gedichtband „Vandalen in der Märchengrottenbahn“. Nun, nach Jahren des Schweigens, ist er wieder literarisch tätig.

Begleitet wird Parteder von Christian Masser (Gitarre).



BUCHTIPPS

Eine „vergessene“ Opfergruppe – die als Juden verfolgten Evangelischen der Grazer Heilandskirche

Mit dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland im März 1938 wurde der Antisemitismus zur grausamen Alltagsrealität. Juden und Jüdinnen standen einer weitgehend feindlichen Öffentlichkeit gegenüber.

Wer als „Jude“ galt, wurde auf Grundlage rassistischer Kriterien durch die Nürnberger Rassengesetze geregelt.

Das Buch beschäftigt sich mit der Geschichte der Konversion und dem Schicksal der „Judenchristen“ der Grazer Heilandskirche.



Heimo Halbrainer / Gerald Lamprecht, „So dass uns Kindern eine durchwegs christliche Umgebung geschaffen war.“ Die Heilandskirche und ihre »Judenchristen« zwischen 1880 und 1955. Broschur, 224 Seiten tw. farbige Abb. CLIO: Graz 2010 (ISBN: 978-3-902542-24-3), Euro 18,00

Die Reise nach Kastanien

Ein Roman von Christian Polansek

Der Grazer Maler Christian Polansek hat in seinem Romandebüt dem Ort der totalen Gleichschaltung des Individuums einen Namen gegeben. In einer unterhaltsamen Mischung aus utopischer Erzählung mit Science-Fiction-Elementen, Agentenstory und zeitkritischer Satire bricht der Grazer eine Lanze für menschliche Würde und befreiende Individualität. Wie eine ins Absurde überzogene und ins Reich der Phantasie verlagerte Skizzierung der verblichenen DDR. Zufall?

Christian Polansek: „Die Reise nach Kastanien“, 101 Seiten, Paperback, Vehling ISBN: 978 - 3 - 85333 -179 -8



www.linkewoche.at





Buch-Vorstellung
in den Räumen des KPÖ-
Bildungsvereins, Volks-
haus Graz

am Montag, 24. Jänner
2011, um 19 Uhr.

Einleitende Worte:
Franz St. Parteder.
Mit den Herausgebern
Heimo Halbrainer und
Karl Wimpler



Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Bestellung von Büchern und Broschüren:

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus

Graz • Lagergasse 98a

Tel. (0316) 22 59 31 oder 22 59 32

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

JOSEF MARTIN PRESTERL: SKIZZEN AUS DEM WIDERSTAND

Im Schatten des Hochschwab

1947 geschrieben, jetzt erstmals erschienen: Josef Martin Presterls Buch über die Befreiung

Anfang Mai 1945 kursierten in Graz Flugblätter, auf denen stand, dass die Rote Armee in Wien sei und es nun an den Grazern liege, den „Befreiungskampf mit allen Mitteln und mit allen Kräften zu unterstützen, wo immer es geht. Unsere Pflicht ist es, selbst das Unsere beizutragen, das Nazijoch abzuschütteln. ... Soldaten! Desertiert in Massen mit euren Waffen und sammelt euch zum Kampf für ein freies Österreich. Arbeiter und Arbeiterinnen! Sabotiert alle Anordnungen der Partei, dann handelt ihr als aufrechte Österreicher und gute Steirer. Der Endkampf gegen die blutige Nazityrannei hat begonnen und wir wollen unseren Brüdern in Wien und Niederösterreich durch Taten beweisen, dass wir in diesem heiligen Freiheitskampf für unser Land und unser Volk hinter ihnen nicht zurückstehen.“

Zu finden ist dieses Flugblatt der in Graz aktiven Steirischen Kampfgemeinschaft in dem 1947 verfassten, aber erst jetzt erschienenen Buch „Im Schat-

ten des Hochschwab“; Skizzen aus dem steirischen Widerstand von Josef Martin Presterl, dem ehemaligen Spanienkämpfer, Journalisten und Schriftsteller aus Graz.

Dass das Buch erst jetzt veröffentlicht wurde, liegt daran, dass Presterl im Oktober 1947 in Jugoslawien wegen angeblicher Gestapo-Agententätigkeit und Sabotage des jugoslawischen Aufbaus festgenommen wurde. Gemeinsam mit ihm wurden führende jugoslawische Funktionäre und Direktoren – allesamt ehemalige Spanienkämpfer und Häftlinge des KZ Dachau – im „Dachauer-Prozess“, einem „titoistischen“ Schauprozess, im April 1948 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Widerstandsgruppen

Die mit über 60 Jahren Verspätung erschienene Abhandlung über den steirischen Widerstand gibt einen Überblick über Widerstandsgruppen in der Steiermark, wie die in und um Leoben tätige Partisanengruppe der Österreichischen Freiheitsfront, die Koralmpartisanen und die Steirische Kampfgemeinschaft in Graz.

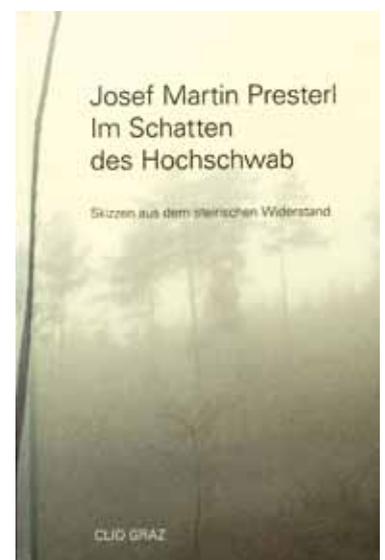
Letzere wurde im Spätherbst 1944 von Ferdinand Kosmus, Adelheid Kovaci, Josef Mayer und Hans Müller, dem Sohn des Besitzers des Kaufhauses „Moden Müller“, und anderen gegründet. Ihr gelang es, Verbindungen in die großen Grazer Betriebe (Puchwerke, Waggonfabrik, Andritzer Maschinenfabrik, Gas- und E-Werk, Post, Straßenbahnen) herzustellen und Verbindungen ins Polizeirevier und zum Wehrbezirkskommando aufzubauen, von wo auch Ausweispapiere organisiert wurden, mit denen Fahnenflüchtige versorgt wurden.

Murbrücken gerettet

Die Gruppe produzierte im April und Mai 1945 mehrere Flugblätter, die sich an die Zivilbevölkerung, aber auch an die Soldaten und Volkssturmmänner richteten und diese aufforderten, nicht mehr an die Front zu gehen und sich statt dessen der Kampfgemeinschaft anzuschließen. Im Mai 1945 war sie auch dafür verantwortlich, dass die Brücken über die Mur nicht wie vorgesehen vor der näher rückenden Roten Armee

gesprengt wurden. Außerdem übernahmen die Kampfgemeinschaft in verschiedenen Grazer Betrieben kurz vor Kriegsende die Macht und sicherte diese vor Zerstörungen.

www.clio-graz.net



BUCHTIPP: Presterl, Josef Martin: Im Schatten des Hochschwab. Skizzen aus dem steirischen Widerstand. Herausgegeben und eingeleitet von Heimo Halbrainer und Karl Wimpler. 376 Seiten. CLIO: Graz 2010 (ISBN: 978-3-902542-09-0), Euro 18,00



MARIATROST



Spießrutenlauf

Wer beim Billa in der Mariatrosterstr. 138 gegenüber der Bushaltestelle „Rettenbach“

die Straße überqueren will, muss sich auf einen Spießrutenlauf gefasst machen. An dieser unübersichtlichen Stelle schießen die Autos oft mit überhöhter Geschwindigkeit vorbei. Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch wird im Gemeinderat einen Antrag auf Errichtung eines Fußgängerübergangs stellen.

GRIES



Neues Abendcafé

Zu Silvester fand die Neueröffnung des Abendcafés „Leox“ am Griesplatz statt. Nachdem die Post die Errichtung eines Post-Shops an diesem Standort als Ersatz für das geschlossene Postamt abgelehnt hatte, wurde nach einer anderen sinnvollen Nutzung der Räumlichkeiten gesucht - und mit diesem Abendcafé, das allen Grazerinnen und Grazern offenstehen soll, gefunden. Das Café am Griesplatz 5 wird täglich ab 18 Uhr bis in die Nachtstunden geöffnet sein. Auch KP-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon nahm an der Eröffnung teil und wünschte den Betreibern viel Erfolg.

Muss das sein?

Der Gehsteig vor dem Haus Albert-Schweitzer-Gasse 31-33, das schon längere Zeit leersteht, wurde seit langem nicht gereinigt und ist stark verschmutzt (Bild unten). Seit Mitte Dezember steht sogar ein Sofa da. „Die Eigentümer einer Liegenschaft sind gesetzlich verpflichtet, den Gehsteig vor ihrem Haus sauberzuhalten“, erinnert KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer und appelliert an die Hauseigentümer, ihren Verpflichtungen nachzukommen.



PUNTIGAM

Kreisen im Kreisverkehr

Bei einer Sperre des Plabutsch-Tunnels in Richtung Norden wird der Verkehr der A9 über das Grazer Stadtgebiet umgeleitet. Tausende ortsunkundige Fahrzeuglenker stehen aufgrund unzureichender und unübersichtlicher Umleitungsmarkierungen im Kreisverkehr Webling vor dem Problem, die richtige Ausfahrt Richtung Norden zu finden. Vor einem Jahr setzte sich Gemeinderat Christian Sikora für eine übersichtlichere Gestaltung der Umleitungsmarkierungen beim Verteilerkreis Webling ein. Die Stadt Graz hat dem Gemeinderat schließlich Recht gegeben. Da es sich um eine Landesstraße handelt, wurde jetzt das Land Steiermark aufgefordert, den Mangel zu beheben.



GEIDORF

Stadtbibliothek neu

Am 12. Jänner fand die offizielle Eröffnung der Stadtbibliothek Graz-Nord im Geidorf-Center in der Theodor-Körner-Straße 59 statt. Die Bibliothek der Superlative bietet auf 700 Quadratmetern nicht nur ausreichend Platz für insgesamt 23.700 aktuelle Medien, sondern auch für eine Café- und Snackbar sowie einen eigenen Raum für Lesungen. „Die Bibliothek ist ohne Zweifel eine Bereicherung für unsere Stadt und insbesondere für unseren Bezirk“, freute sich die Geidorfer KP-Bezirksrätin Grete Skedelj, die unter anderem mit Inge Arzon, Bezirksvorsteher-Stellvertreterin



Kapellenstraße sicherer

Erst im letzten Frühjahr stellte KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora den Antrag auf Entschärfung der gefährlichen Situation in der Kapellenstraße/Ecke Kärntnerstraße. Die unübersichtlichen Verhältnisse behinderten die Durchfahrt für Schwerfahrzeuge in Richtung Bahn-Unterführung Kapellenstraße. Staus in die Kärntnerstraße, Gefährdung von Fußgängern und Schülern der Volksschule Neuhart und Sachbeschädigungen an Zäunen oder Fahrzeugen waren an der Tagesordnung. Im Sommer wurde eine Lösung des Problems in Angriff genommen. Die Straße wurde erneuert und verbreitert. Der Schulweg für Eltern und Kinder ist jetzt sicherer. Wir sagen Danke an die Verantwortlichen!

ST. LEONHARD

Verschmutzte Haltestellen

Die langen Öffnungszeiten im stark frequentierten Uni-Viertel (bis 4.00, teilweise gar bis 6.00 Uhr früh) tragen nicht nur zu viel Lärm, sondern auch zu zahlreichen anderen Unannehmlichkeiten für die Anrainer der betroffenen Straßenzüge bei. So berichteten Anrainer, dass die Haltestellenbereiche Lichtenfelsgasse (stadteinwärts) sowie Merangasse (stadtauswärts) in den Morgenstunden sehr oft aufgrund von unappetitlichen Verschmutzungen eine echte Zumutung sind. KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann wird daher in der Gemeinderatsitzung am Donnerstag eine Anfrage an die Vizebürgermeisterin stellen mit dem Ersuchen, diese Haltestellenbereiche täglich bis spätestens 7.00 Uhr zu kontrollieren und bei Bedarf umgehend zu reinigen.



vom Bezirk Gries, an den Eröffnungsfeierlichkeiten teilnahm. Die Bibliothek hat montags und freitags von 8-14, sowie dienstags bis donnerstags von 11-17 Uhr geöffnet.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:

KPÖ-Graz, Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 stadtblatt@kpoe-graz.at

**INNERE STADT****Blaue Zonen**

Der Bezirksrat Innere Stadt wendet sich gegen eine Erhöhung der Parkgebühren in den Blauen Zonen.

Die Diskussion um eine Erhöhung der Kurzparktarife in den Blauen Zonen trifft die Bevölkerung in der Inneren Stadt besonders stark. Man übersieht am Grünen Tisch, dass mit dem Belastungspaket der Bundesregierung eine deutliche Verteuerung des Pkw-Verkehrs vorgenommen wird. Es ist nicht sinnvoll, die Belastung auf Ebene der Stadt noch zu vergrößern. KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder hatte diesen Antrag initiiert. SPÖ und Grüne waren dagegen.



Meist geht es in der Innenstadt gemütlich zu, bei Großveranstaltungen sollte aber die Gefahr einer Massenpanik besser berücksichtigt werden. Besonders gefährdet ist die oben abgebildete Kreuzung.

Gefahr bei Großveranstaltungen

Nach der Massenpanik bei der Love Parade in Deutschland überprüften die zuständigen Stellen in Graz die Sicherheitssituation bei Großveranstaltungen in der Innenstadt (Aufsteirern, Faschingsdienstag, etc.).

Das Ergebnis ist ernüchternd. Es gibt auch bei uns Gefahrenstellen, wenn viel zu viele Men-

schen auf den Straßen sind. Beim Aufsteirern 2010 wurde beispielsweise die Ecke Herrengasse/Stempfergasse als gefährlich bezeichnet. Teilweise kam es zu Stauungen, die ein zeitgerechtes Erreichen des Einsatzortes innerhalb des Veranstaltungsareals für die Einsatzfahrzeuge in Frage stellt. In vielen Bereichen wäre ein gesichertes Abströmen der Besucher nicht mehr möglich. Die

Polizei sieht Optimierungsbedarf vor allem im Bereich Herrengasse, Schmiedgasse und Landhausgasse. Auch Bürgermeister Nagl drängte bei einer internen Besprechung auf eine Verbesserung der Sicherheitslage bei Großveranstaltungen.

Franz Stephan Parteder (KPÖ): „Die Stadt kommt den Veranstaltern sehr entgegen. Daher muss man sich darauf verlassen können, dass alle Auflagen auch eingehalten werden.“

Pfauengarten: Karls- oder Kosmusplatz?

Die Rathaus-ÖVP hat anscheinend nichts Besseres zu tun, als die Umbenennung des Pfauengartens in Karlsplatz zu betreiben. Damit soll einem Habsburger ein Denkmal gesetzt werden. Franz Stephan Parteder: „Wenn schon eine Neubenennung in der Innenstadt, dann bin ich dafür,

dass man einen Platz nach **Ferdinand Kosmus** benennt, der im Jahr 1945 als Widerstandskämpfer für die Befreiung von Graz von den Faschisten gesorgt hat.

Murgasse

Das Thema „Baustelle Murgasse“ steht im Mittelpunkt der kommenden Bezirksversammlung Innere Stadt. Damit greift der Bezirksrat die Kritik der Anrainer auf. „Wir befürchten starke Einschränkungen für Geschäfte und Kunden während der Bauarbeiten in den Sommerferien und darüber hinaus nach Abschluss der Bauarbeiten Probleme vor allem für Fußgängerinnen und Fußgänger wegen der engen Gehsteige“, so Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Stephan Parteder (KPÖ).

Die Versammlung findet am Dienstag, 15. März um 19 Uhr im Rathaus, Gemeinderatssaal statt.

LEND**Kritik an Veranstaltungszentrum**

Die protestantische Glaubensgemeinschaft „Vineyard“ will in der Grimmigasse/Kalvarienbergstraße ein Versammlungshaus für bis zu 500 Besucher errichten. Der Sprecher einer Privatinitiative gegen den geplanten Bau, Richard Schieder, wies auf die zu erwartende

Parkplatzproblematik hin, wenn bis zu 500 Personen zu Veranstaltungen kommen, denn die Gruppierung baut nur 32 Tiefgaragenplätze.

„Fakt ist, den Bewohnern wird durch den Bau Tageslicht genommen, die Parkplatzproblematik ist ungelöst und obendrein ist eine enorme Lärmbelästigung für die Anrainer zu erwarten“, fasst Be-



zirksrat Mag. Christian Carli zusammen. Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Die Bewohner der Umgebung hoffen, dass der Bau doch nicht zustande kommt.

Frisch asphaltiert

Der Gehweg unter der Keplerbrücke Richtung Norden (parallel zum Rad- und Fußweg an der Mur, Bild oben) wurde endlich neu asphaltiert. „Es ist erfreulich, dass auch abseits des motorisier-

ten Verkehrs ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen in diesem Bereich gesetzt wurde“, freut sich Bezirksrat Mag. Christian Carli, der in den vergangenen Jahren immer wieder Anträge zur besseren Rad- und Fußweggestaltung bzw. zu notwendigen Asphaltierungsarbeiten gestellt hat.

Gefährliches Pflaster

Bedenklich ist der Straßenzustand am Ma-

riahilferplatz. Die Pflastersteine auf Höhe Brot und Spiele bzw. Ökonomegasse stehen zum Teil derart in die Höhe, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis ein Radfahrer einen Salto schlägt oder ein Passant stolpert und auf die Nase fällt. Lediglich vor der Kirche wurde ein kleiner Teil notdürftig mit Asphalt „zugekleistert“, „Es ist zwar geplant, den ganzen Platz zu erneuern, aber nach meinem Informationsstand kann das noch ewig dauern, da die Pflastersteine, welche im Zuge der Herrengassenerneuerung geborgen wurden, nicht – wie ursprünglich versprochen – für den Mariahilferplatz verwendet wurden, sondern für den Schlossberg!“, bedauert Bezirksrat Mag. Christian Carli.



Veranstaltungszentrum im Wohngebiet: Anrainer haben Bedenken

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen



Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Mindestsicherung ist Bürgertäuschung!

Der Bund betreibt in Sachen Mindestsicherung Kindeswegelung. Die Vereinbarung 15a bzw. das Übereinkommen zur Mindestsicherung obliegt laut Mitteilung des Sozialministeriums im gesetzlichen Vollzug ausschließlich den Landesbehörden. Bravo – das nenn ich Bürgertäuschung.

Neun Bundesländer müssen sich ohne langfristige Finanzierungsperspektive mit der Pflege- und Sozialhilfe abwürgen und die Regierenden sind nicht in der Lage, eine gesetzlich einheitliche Bundesregelung auf die Beine zu stellen.

Doch die sozialen Spannungen in unserer Bevölkerung sind offensichtlich noch nicht dramatisch genug, um die Regierenden zum Handeln zu zwingen. Dabei lassen besonders die steirischen Parteibonzen keine Gelegenheit ungenutzt verstreichen, um die Politikverdrossenheit zu steigern. 400.000 Euro für folkloristische Auslandsreisen der Abgeordneten und 2 Millionen Euro Extraförderung, ebenfalls für politische Folklore, beides aus kreditbelasteten Budgettöpfen finanziert, sind Beispiele dafür, wie sich die herrschenden Eliten schamlos am Volksvermögen bedienen.

Wie zum Hohn wird dafür im Gegenzug bei den Familien die Steuerschraube angezogen. Durch Landtagsbeschluss sollen einzig in der Steiermark die Angehörigen von Beziehern der Mindestsicherung, und bei den Heimpflegekosten in die Regresspflicht genommen werden, bzw. Selbstbeteiligung ist angesagt. So läßt man die Familien finanziell ausbluten. Mit solch verrückten und beschämenden Loch-auf-Loch-zu Maßnahmen sind die

Sozialsysteme langfristig sicher nicht finanzierbar.

Aber wie soll eine tiefgreifende Föderalismus- und Verwaltungsreform zustande kommen, wenn 9 Landesfürsten samt Hofstaat-Entourage alle nötigen Einsparungsschritte, die auch nur irgendwie mit einer Einschränkung deren Machtbefugnisse verbunden sind, blockieren.

Mit geradezu zynischer Ignoranz überträgt der Bund den Ländern die Kompetenzen im Sozial- und Pflegebereich, die nötigen Budgetmittel hierfür stellt er nicht bereit. Die anwachsenden Finanzierungsprobleme im Sozialwesen lassen sich langfristig nur aus Steuermitteln über einen Pflegefonds lösen. Dieser könnte z.B. längst durch Wiedereinführung der Erbschafts- und Vermögenssteuer ausreichend dotiert werden, nur passieren tut nichts.

Als nahezu einziges EU-Land werden in Österreich keine nennenswerten Vermögenssubstanzensteuern eingehoben, von der überfälligen Valorisierung der Grundsteuer gar nicht zu reden. Es fehlt einfach an politischem Umsetzungswillen.

Beim Projekt Stuttgart 21 gab es einen Protest-Flächenbrand wegen 5 Milliarden Euro Bauvolumen. In der steirisch-kärntnerischen Region versickern zehn Milliarden Euro im Bohrloch des Koralmtunnels, dem vermeintlichen Symbol für Bahn-Zukunftssicherung – nur damit sich Steirer und Kärntner schneller lei-lei zurufen können. Seltsam, wie lethargisch satt, resignativ und demokratiemüde der eigentliche Souverän des Landes darauf reagiert.

Wilhelm Hubmann

kinderland
Steiermark
ORTSGRUPPE GRAZ

KINDER-MASKENBALL

www.kinderland-steiermark.at

Sa. 12.2.
Volkshaus Lagergasse 98a

ab 15.00 Uhr

Vorverkauf: € 2,50 im Kinderland-Büro
Mehlplatz 2/II MO-FR 9-14 Uhr

(Volley)-Ball-Halle

Zu Ihrem Artikel „ASKÖ-Halle: Sparen am falschen Ort“ von Herrn Leber möchte ich feststellen:

Laut Int. Volleyballverband und Vorgabe des Österr. VV sind in einer Halle mit mindestens 9m lichter Höhe Meisterschaftsspiele, Länderspiele, Championsleague, Europameisterschaft Junioren und Jugendliche für Herren möglich. Lediglich für Welt- und Europameisterschaften sowie Olympische Spiele sind 12,5 m gefordert. (Quelle: Österr. Sportstättenguide S. 113, ÖISS oder im Internet). Diese Bewerbe werden in Graz aufgrund der zu geringen Zuschauerkapazitäten nie stattfinden. Außerdem wird bei Sportplatz- und Sporthallenbauten immer die Stellungnahme des Österr. Instituts für Sportstättenbau (ÖISS) eingeholt.

Mag. Gerhard Peinhaupt, Abteilungsvorstand Sportamt Graz

Herr Mag. Peinhaupt ist ein verdienter Streiter um den Grazer Sport. Doch er hat mit seiner Behauptung unrecht, denn im internationalen Regelbuch steht schon unter dem Artikel 1.1 wortwörtlich und fettgedruckt:

1.1 Abmessungen: (unten) „Bei FIVB-, World und Official Wettbewerben muss die Freizone mindestens 5 m an den Seiten und 8 m hinter dem Spielfeld betragen. Der freie Spielraum ist mindestens 12,5 m hoch.“

Das heißt: Es können weder die kommenden Europameisterschaftsspiele noch Europacupspiele, für die sich die Grazer Bundesligateams eventuell qualifizieren, durchgeführt werden. Schade.

Volleyball-Funktionär und KPÖ-Bezirksrat Günther Leber

KLEINANZEIGEN

Häkeln und Häkelanleitungen zu verschenken. Tel. 0699/11 993977.

Bügler 1x wöchentlich Ihre Wäsche: Tel. 0664 /37 76 244.

Hilfe gesucht

Wir, älteres Ehepaar, suchen alleinstehende Person, die für uns 6 bis 7 Mal im Jahr am Samstag auf unseren kleinen Hund aufpasst. Bei besserem Kennenlernen ist Familienanschluss für gemeinsame Aktivitäten möglich! Tel. 0664/54 17 948.

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige:
Grazer Stadtblatt,
Lagergasse 98a, 8020
Graz, Fax 71 62 91
stadtblatt@kpoe-graz.at

Mein Sohn (11 Jahre) wird demnächst auf Schikurs fahren. Er hat sich entschlossen, einen Snowboardkurs zu belegen. Das Board könnte er sich ausborgen, allerdings fehlen ihm Schuhe (Größe 39). Wer kann Snowboardschuhe in der Größe 39 für eine Woche herleihen oder herschenken oder günstig verkaufen? Tel. 0650/62 20 209.



Das Stadtteilzentrum Triesterstraße sucht Gebrauchsgeräte:

Für BewohnerInnen der Triester Siedlungen sucht das Stadtteilzentrum, Triester Straße 66: Mikrowellen, Computer/Laptop, Waschmaschine von oben befüllbar, Küchen-Unterbaukasten, Fernseher, Fahrräder, Handys, Fernsehkasterl, Kelomat
Rückmeldungen an das Stadtteilzentrum bitte zu unseren Öffnungszeiten: Mo., 15.00 - 19.00 und Do., 10.00 - 14.00 Uhr (Tel. (0316) 7273 112) oder per E-Mail: office@stadtteilzentrum-graz.at

AMSEL-Stammtisch für Arbeitslose

Möglichkeit für Menschen ohne bezahlte Arbeit, sich mit ihresgleichen zu treffen + auszutauschen: Donnerstags (werk- + 14-tägig) um 17 Uhr im: CAFE SORGER (I. Stock), Südtirolerplatz 14

0681 / 102 703 42
www.amsel-org.info

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösistubn. Anfänger und Quereinsteiger: Samstag ab 12 Uhr. Vereinsmitgliedschaft gratis.

BILDERRAHMEN - FLOHMARKT

vom 17.1. - 11.2. 2011
bei Bild + Glas BERGMANN

Sparbersbachgasse 27, 8010 Graz

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.30 - 13.00, 14.00 - 18.30 Uhr

DIE BRÜCKE: TERMINE

20.1. 20 Uhr Bal Folk

11.2. 20 Uhr Markus Pammer

25.2. 20 Uhr Christian Masser - 15 Country-Songs

Die im Dezember abgesagte CD-Präsentation von Christian Masser wird am Freitag 25.2.2011, 20 Uhr in der Brücke, Grabenstraße 39, 8010 Graz nachgeholt:

Lieder des legendären „Man in Black“, Johnny Cash, über harte Arbeit, Gefängnis, Mord und Liebe. Am Kontrabass Gerhard Steinrück und als Gäste haben sich Kurt Bauer (Geige) und Lothar Lässer (Akkordeon) angesagt.

Kartenreservierungen: 0316/67 22 48.



CHRISTIAN MASSER
15 COUNTRY SONGS



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.

TIERECKE

Chow Chow-Bulldogmischling **Giacomo**, 1 Jahr, hat sein Zuhause wegen zu kleiner Wohnung verloren.



Labrador-Schäfer-Rüde **Liju**, geb. 2008, lebhaft, kräftig, aber sehr zutraulich und liebenswert.



Riechi ist ein kleiner lebhafter Mischlingsrüde, kastriert, braucht noch eine Hundeschule. Sehr lieb.



Die schüchterne, junge **Aida**, sterilisiert, geb. 2010, braucht Zuwendung.



Der kastrierte Rammler **Donald**, geb. 2010, hätte gerne eine Partnerin.



Verschieden gezeichnete **Farbmäuse** suchen Liebhaber ihrer Rasse.

VolkshausRedoute 2011:

Der beste Ball in Graz geht am 29. Jänner im Volkshaus, Lagergasse 98a, über die Bühne. Wo gibt es zwanglose Stimmung, super Musik, gutes Essen, Cocktails und viel Unterhaltung als Benefizvergnügen?

Bei der Volkshausredoute, dem Ball für alle mit freiem Eintritt. 29. Jänner, Einlass ab 19.30 Uhr.

Bei welchem Ball in Graz gibt es die beste Stimmung, die beste Musik, die besten Gäste – und das alles als Benefizveranstaltung? Bei der Volkshaus-Redoute, am Samstag, 29. Jänner ab 20 Uhr im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a. Der Reinerlös kommt dem Mieternotruf 71 71 08 zugute. Wer dabei sein will, sollte nicht zu lange warten und rasch reservieren.

Für die Musik im großen Saal zeichnet einmal mehr die Band Kanal 4 verantwortlich. Damit man kulinarisch auf die Kosten kommt, gibt es pikant gefüllte Paprika, Paradeis und Kraut mit Sauce, Chili vegetarisch oder mit Fleisch, pikante Salatvariationen mit Huhn, Fisch oder Käse, Frankfurter mit Gulaschsaft oder mit Senf und Kren, Kaffee aus der zapatistischen Kaffeekooperation mit hausgemachten Mehlspeisen, sowie köstliche Brötchen zu einem Glas Sekt.

Wie immer in den letzten Jahren kommt der Erlös des Balls, der mit Hilfe dutzender ehrenamtlicher MitarbeiterInnen abgewickelt wird, einem wohltätigen Zweck zugute. Diesmal ist das der immer öfter gefragte Mieternotruf (0316) 717108.

Tischreservierungen unter (0316) 71 24 79.

Der Ball für alle in Graz

Sa., 29. Jänner im Volkshaus, Lagergasse 98a

Volkshaus- redoute 2011

Benefiz für den
Mieter-Notruf
71 71 08

mit **Kanal 4**

KPO
wirkt

Reservierungen: 0316 / 71 24 79

